

A N F R A G E von Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen)

betreffend Bildungsrat als Schulpräsident – Schulpräsidenten kehren Volksentscheid

In seinem Beschluss «Massnahmen Oberstufe» vom 5. Juli 2004 beauftragt der Bildungsrat die Bildungsdirektion mit der Erarbeitung eines Aussprachepapiers mit Thesen zur Weiterentwicklung der Oberstufe. Obwohl dieses im Bildungsrat zu diskutierende Thesenpapier heute – mehr als zwei Jahre später – noch nicht öffentlich vorliegt, kommuniziert ein Bildungsrat und Schulpräsident in einer Hochglanzbroschüre zuhanden der städtischen Schulleiterversammlung, dass in der Stadt Zürich die Anzahl der Abteilungen auf der Sekundarstufe von drei auf zwei reduziert wird und gleichzeitig künftig drei Fächer in Anforderungsstufen unterrichtet werden. Die Schulpräsidenten der Stadt haben diesen Entscheid an der Schulpräsidentenkonferenz vom 5. September 2006 getroffen. Sie beschliessen, dass die Stadt Zürich auf Beginn des Schuljahres 2008 das Oberstufenmodell wechseln soll.

Damit setzen sich die städtischen Schulpräsidenten, eine Exekutivbehörde, über den Beschluss des Gemeinderates der Stadt Zürich vom 23. Juni 1999 und über das Resultat der städtischen Volksabstimmung vom 28. November 1999 (Neugestaltung der Oberstufe) hinweg.

Diese Zusammenhänge werfen einige Fragen auf:

1. Liegt das Thesenpapier zur Weiterentwicklung der Oberstufe dem Bildungsrat bereits vor und wurde es genehmigt? War dies am 5. September 2006 schon der Fall, so dass das Papier als fundierte Grundlage für den Entscheid der Zürcher Schulpräsidenten hätte dienen können?
Wenn ja, weshalb wurde das Thesenpapier bisher nicht veröffentlicht?
Wenn nein, aus welchen Gründen? Wurde es eventuell ein erstes Mal zurückgewiesen? Hängt eine allfällige Zurückweisung mit Aussagen über die heutigen Modelle der Oberstufe zusammen?
2. Falls das Thesenpapier zur Weiterentwicklung der Oberstufe am 5. September 2006 noch nicht vom Bildungsrat abgenommen worden war, wie kommt es dann, dass ein einzelner Bildungsrat sich in seiner Argumentation als Schulpräsident darauf beruft, dass die Neugestaltung des 9. Schuljahres eine neue Organisationsform für die gesamte Sekundarschule bedinge? Welche fachlichen Grundlagen könnten dem bildungsrätlich-schulpräsidialen Postulieren eines Zusammenhangs zwischen der Neugestaltung des 9. Schuljahres und der Organisationsform der gesamten Sekundarschule zu Grunde liegen?
3. Weshalb wurde der Zusammenhang zwischen der Neugestaltung des 9. Schuljahres und der Anzahl Abteilungen und Niveaufächern der Sekundarschule nicht bereits im Bildungsratsbeschluss zum 9. Schuljahr erwähnt? Existiert in den Augen der Bildungsdirektion und des Bildungsrates überhaupt ein solcher Zusammenhang?
4. Welche Vorkehrungen trifft die Bildungsdirektion und der Bildungsrat, damit künftig keine Bildungsratsmitglieder durch das Schaffen von Tatsachen, zum Beispiel in ihrer Rolle als Schulpräsident, den fachlichen Diskussionen vorseilen und diese somit zur reinen Alibiübung verkommen lassen? Der Bildungsrat ist in der Öffentlichkeit als Fachgremium bekannt – politisches Taktieren schadet seiner Erhabenheit.

Matthias Hauser